

Angriffe auf Polizisten: Gerichte müssen schneller reagieren

Mehr als 18 000 Polizistinnen und Polizisten sind im vergangenen Jahr in NRW angegriffen worden. Zu den Angriffen zählen auch Beleidigungen. Aber in mehr als 2000 Fällen ging es um einen tätlichen Angriff. 349 Polizistinnen und Polizisten wurden dabei schwer verletzt – jeden Tag einer. In 58 Fällen kam es dabei zu einem Angriff mit einem Messer, in acht Fällen mit einer Schusswaffe. Das zeigt das Ende August veröffentlichte aktuelle Lagebild Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte.

Für die GdP sind das erschreckende Zahlen. Weil die Zahl der Angriffe trotz der in den letzten Jahren erfolgten Strafrechts-

verschärfung nicht zurückgegangen ist. Und weil ein Angriff mit einem Messer oder mit einer Schusswaffe sofort tödlich enden kann. Die GdP fordert deshalb, dass die Gerichte nach Angriffen auf einen Polizeibeamten schneller reagieren. „Selbst nach einem äußerst brutalen Angriff dauert es oft Jahre, bis der Täter verurteilt ist“, kritisierte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens nach Bekanntwerden der Zahlen. „Vor allem für Intensivstrafäter, die immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt geraten, wirkt der lange Zeitraum wie eine Aufforderung, Polizisten weiter zu attackieren“, sagte er.

Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigt ein Blick in das aktuelle Lagebild. Von den 6 749 Tatverdächtigen, die im vergangenen Jahr von der Polizei ermittelt wurden, waren 5 116 bereits vorher kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten. Wenn ihre Tat keine Folgen hat, fehlt für sie ein Stoppsignal, um das eigene Verhalten zu ändern. „Der Staat setzt damit das fatale Signal, dass Gewalt ein scheinbar legitimes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen ist. Und dass selbst massive Angriffe auf Polizisten straf-frei bleiben“, warnt Mertens.

Jede Woche ein Messerangriff

Im vergangenen Jahr gab es in NRW mehr als viereinhalb Tausend Widerstandshandlungen gegen die Polizei. In über 2000 Fälle kam es sogar zu einem tätlichen Angriff. In 58 Fällen wurden die Polizisten mit einem Messer angegriffen, in 8 Fällen mit einer Schusswaffe.

Tätliche Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten in NRW 2021

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte

4559

tätlicher Angriff

2046

Angriff mit einem Messer

58

Angriff mit einer Schusswaffe

8

Quelle: Landeskriminalamt NRW,
Lagebild Gewalt gegen Polizeivoll-
zugsbeamtinnen und -beamte 2021

 Gewerkschaft
der Polizei NRW

Täter kommen oft milde davon

Ein Beispiel: Im März diesen Jahres ist ein Gewalttäter, der vor drei Jahren in Siegen einen Polizisten, der einen Beteiligten einer Massenschlägerei festnehmen wollte, brutal niedergetreten und dabei schwer verletzt hat, mit einer Bewährungsstrafe davon gekommen. Angeblich hatte der Täter nicht erkennen können, dass es sich bei dem Angegriffenen, um einen Polizisten gehandelt hat. Begründet hat das Gericht die milde Strafe auch damit, dass sich der genaue Ablauf der Tat wegen der langen Verfahrensdauer heute nicht mehr zweifelfrei rekonstruieren ließe.

Kein Rückgang in Sicht

Im vergangenen Jahr wurde erneut jeder zweite Polizist, der regelmäßig auf der Straße im Einsatz ist, angegriffen.

Zahl der angegriffenen Polizistinnen und Polizisten in NRW



Quelle: Landeskriminalamt NRW,
Lagebild Gewalt gegen Polizeivoll-
zugsbeamtinnen und -beamte 2021

 Gewerkschaft
der Polizei NRW



Bei einem Angriff auf die Polizei geht es im Kern um die Frage, ob der Rechtsstaat akzeptiert wird oder nicht – darauf hat Innenminister Herbert Reul (CDU) Ende August auf dem gemeinsam von der Zeitung Behördenpiegel und der GdP veranstalteten Polizeitag in Düsseldorf hingewiesen. Themenschwerpunkt war in diesem Jahr die Gewalt gegen Polizeibeschäftigte. Der jedes Jahr veranstaltete Polizeitag richtet sich vor allem an die Führungskräfte der Polizei, steht aber allen Beschäftigten der Polizei offen. Datum und Thema des Polizeitags 2023 werden aber frühzeitig in der Deutschen Polizei angekündigt.

Eine Erfahrung, die nicht nur angegriffene Polizistinnen und Polizisten machen müssen, sondern immer häufiger auch ganz normale Menschen, die Opfer einer Gewalttat geworden sind. In Hagen hat vor sechs Jahren ein stadtbekannter Betreiber von Glücksspielautomaten eine Schlägertruppe beauftragt, den Trainer eines örtlichen Fußballvereins niederzuschlagen, weil dieser seinen Sohn nicht für ein Spiel aufgestellt hatte. Der Trainer leidet noch heute an den Folgen des Angriffs. Das Gericht fand für die Tat klare Worte. „Da stürmt ein Schlägertrupp am helllichten Tag in ein vollbesetztes Fußballstadion und schlägt einfach drauf los. Unglaublich, aber es ist trotzdem so gewesen“, sagte die Vorsitzende Richterin im September dieses Jahres laut der örtlichen Westfalenpost bei der Urteilsverkündung. Trotzdem kam der Auftraggeber der brutalen Tat, der nach Erkenntnissen der Polizei der organisierten Kriminalität zuzuordnen ist, mit einer Bewährungsstrafe davon. Mehr war nach Ansicht des Gerichts nicht drin – weil sich wegen der Dauer des Verfahrens heute vieles nicht mehr zweifelsfrei nachweisen lässt.

Eine Erfahrung, die auch Polizisten immer wieder machen, wenn sie brutal angegriffen und schwer verletzt werden. Die GdP dringt deshalb darauf, dass die Gerichte

personell so ausgestattet werden, dass zumindest schwere Körperverletzungsdelikte schnell geahndet werden. Das allein reicht aber nicht. Auch die Polizeibehörden müssen sich besser aufstellen, wenn sie der wachsenden Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten wirksam entgegentreten wollen. Das wurde auch auf dem Polizeitag zum Thema Gewalt gegen Polizisten deutlich, zu dem der Behördenpiegel und der GdP-Landesbezirk am 24. August Führungskräfte der Polizei nach Düsseldorf eingeladen hatten.

Handlungsbedarf auch in den Polizeibehörden

Der Kölner Polizeipräsident Falk Schnabel, der vor seinem Wechsel zur Polizei bei der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf ein Sonderdezernat für Angriffe auf Polizisten geleitet hat, erinnerte daran, dass tätliche Angriffe auf Polizisten bis 2011 ein „Privileg der Täter“ gewesen sind, weil sich bis dahin die Tatsache, dass das Opfer ein Polizist ist, strafmildernd ausgewirkt hat. Das hat sich inzwischen geändert. Schnabel forderte die anderen Behördenleiter auf, jede Tat zur Anzeige zu bringen. „Stellt ein Behördenleiter den Strafantrag, muss ihm von der ermitteln-

den Staatsanwaltschaft vor einer Einstellung des Verfahrens die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden“, betonte Schnabel.

Innenminister Herbert Reul warb auf dem Polizeitag zudem dafür, dass die Gesellschaft der Polizei „mehr Grundvertrauen“ entgegenbringt. Mit Blick auf den in der Öffentlichkeit zurzeit massiv kritisierten Polizeieinsatz in Dortmund sagte Reul, dass erst das genaue Einsatzgeschehen aufgeklärt werden muss, bevor daraus die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen werden können. „Der pauschale Vorwurf, die Polizei sei rassistisch, bereitet nur der Stimmungsmache gegen die Polizei den Boden“, sagte Reul.

Die GdP bewertet den tödlich verlaufenen Polizeieinsatz genauso. In zahlreichen Interviews haben GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens, seine beiden Vorstandskollegen Michael Maatz und Frank Schniedermeier und der Dortmunder Kreisgruppenvorsitzende Torsten Seiler in den vergangenen Wochen in der Öffentlichkeit immer wieder dafür geworben, dass der Dortmunder Einsatz lückenlos aufgeklärt wird. Erst dann lässt sich entscheiden, ob sich die vor Ort eingesetzten Beamten falsch verhalten haben. Und ob die Abgabe von Schüssen aus der mitgeführten Maschinenpistole zu vermeiden gewesen wäre. ■

Dortmund wird uns noch länger beschäftigten



Wenn Polizisten die Schusswaffe einsetzen, geht es meist um angefahrene Tiere. Dass sie auf einen Menschen zielen, ist die absolute Ausnahme. In den letzten Monaten hat es in NRW trotzdem mehrere Schusswaffeneinsätze gegen Menschen gegeben, darunter auch den in Dortmund, bei dem ein 16-jähriger Flüchtling von der Polizei erschossen worden ist. Ob die Schussabgabe zu verhindern gewesen wäre, ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft. Dabei spielt auch die Frage eine Rolle, ob ein anderes Einsatzkonzept das Leben des 16-jährigen hätte retten können.

Noch sind die Ermittlungen nicht abgeschlossen, noch sind viele Detailfragen nicht geklärt. In der Öffentlichkeit ist die Polizei trotzdem sofort mit dem Vorwurf konfrontiert worden, der Tod des Sechzehnjährigen sei ein Beleg für einen weitverbreiteten Rassismus bei der Polizei. Die GdP hat den Vorwurf zurückgewiesen. Für uns ist wichtig, dass der Fall lückenlos aufgeklärt wird. Nichts darf unter den Teppich gekehrt werden, auch keine Fehler im konkreten Einsatzverlauf. Aber wir wehren uns gegen eine Vorverurteilung der in Dortmund eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Auch wenn gegen Polizisten ermittelt wird, gilt die Unschuldsvermutung. Deshalb ist es gut, dass auch Innenminister Reul sehr schnell nach dem tragischen Vorfalle klargestellt hat, dass auch Polizistinnen

und Polizisten ihr Leben schützen dürfen, wenn sie mit einem Messer angegriffen werden.

Klar ist inzwischen aber auch, dass der Dortmunder Fall politische Konsequenzen haben wird. Die Frage, ob die Bodycam immer mitgeführt werden muss, wann sie einzuschalten ist, und wie Polizistinnen und Polizisten auf den Umgang mit psychisch gestörten Menschen vorbereitet werden können, wird dabei eine größere Rolle spielen. Die GdP wird sich an dieser Diskussion aktiv beteiligen. Aber wir werden das auf der Grundlage einer gesicherten Faktenlage machen, und nicht auf der Basis von bloßen Vermutungen. Denn unser Ziel ist es, dass unseren Kolleginnen und Kollegen auch in schwierigen Einsatzlagen ein klar definiertes, rechtlich abgesichertes Einsatzkonzept zur Verfügung steht. Und dass wir an ihrer Seite stehen, wenn sie öffentlich angegriffen werden.

Michael Mertens,
Landesvorsitzender

Bundeskongress: Polizei ist die Schutzmacht der Demokratie

„Für uns. Für morgen“ – unter diesem Motto haben vom 12. – 14. September in Berlin mehr als 250 Delegierte den Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) neu gewählt und die Arbeitsschwerpunkte und Ziele der GdP für die kommenden vier Jahre beraten. Mit dabei waren auch 58 Delegierte aus NRW.

Nach neun Jahren ist der bisherige Bundesvorsitzende Oliver Malchow in Berlin nicht mehr erneut angetreten. Zu seinem Nachfolger wählten die Delegierten den früheren Bremer GdP-Vorsitzenden Jochen Koppelke. Er ist mit 38 Jahren der jüngste Vorsitzende in der GdP-Geschichte. Mit Michael Mertens stellt der Landesbezirk NRW in den kommenden vier Jahren erneut einen der vier stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Auf Mertens, der seit 2018 auch Landesvorsitzender der GdP in NRW ist, entfielen 81,4 Prozent der abgegebenen Stimmen.

In einer kurzen Kandidatenrede hatte er zuvor dafür geworben, dass der von der Politik begonnene Kurs der Stärkung der Polizei intensiviert wird. „Wenn wir wirklich mehr Polizisten auf die Straße bringen wollen, müssen wir den Polizeiberuf wieder attraktiver machen“, sagte Mertens. „Die 41-Stun-

den-Woche bei der Polizei, die es nicht nur in NRW, sondern auch in anderen Bundesländern gibt, muss endlich überwunden werden. Und wir brauchen bessere Aufstiegschancen – auch im Tarifbereich. Sonst werden wir in den kommenden Jahren nicht mehr genügend junge Menschen für den Polizeiberuf begeistern können“, warnte er.

Die stellvertretende Landesvorsitzende Jutta Jakobs ist dagegen nicht in den GBV gewählt worden. Im entscheidenden zweiten Wahlgang entfielen auf sie 121 Stimmen, auf ihre Gegenkandidatin Sibylle Krause aus Berlin 126 Stimmen. Ihre Wahl wäre ein starkes Signal gewesen, dem immer wichtiger werdenden Tarifbereich im Bundesvorstand mehr Gewicht zu geben.

Im Mittelpunkt der Diskussionen auf dem Bundeskongress standen zudem die Gastauftritte etlicher Spitzenpolitiker, darunter

Bundeskanzler Olaf Scholz, Innenministerin Nancy Faser (SPD) und die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi. Innenministerin Faser nutzte die Gelegenheit, um eine Initiative des Bundes anzukündigen, die immer größer werdenden Gehaltsunterschiede in der Polizei einzugrenzen. Unterschiede von mehreren Tausend Euro im Jahr für die gleiche Tätigkeit seien nicht hinnehmbar. Die DGB-Vorsitzende Fahimi lobte die mäßigende Rolle der GdP, wenn es um die kritische Bewertung von Polizeieinsätzen in Teilen der Gewerkschaften geht. „Polizei ist eine Schutzmacht der Demokratie“, sagte Fahimi. „Dank der GdP ist dem einen oder anderen bei uns auch schon mal der Kopf zurechtgerückt worden“, lobte sie.

Die Antragsberatung dauerte beim Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch an. Über sie wird in der November-Ausgabe der DP berichtet. ■





Innenausschuss in neuer Zusammensetzung

Wenn es um Fragen der inneren Sicherheit geht, sind die Mitglieder des Innenausschusses einer der wichtigsten Ansprechpartner für die GdP. Am 8. September hat sich der Ausschuss zu seiner konstituierenden Sitzung getroffen – in neuer, veränderter Zusammensetzung.

Neue Vorsitzende ist die Düsseldorfer Landtagsabgeordnete Angela Erwin (CDU), stellvertretender Vorsitzender ist der Moerser Abgeordnete Ibrahim Yetin (SPD). Beide sind in dieser Legislaturperiode neu in den Innenausschuss gekommen. Auch bei den innen-

politischen Sprechern gibt es mehrere Veränderungen. In den kommenden fünf Jahren wird diese Funktion für die CDU Dr. Christos Katzidis wahrnehmen, für die SPD Christina Kampmann, für die Grünen Dr. Julia Höller, für die FDP Marc Lürbke und die für die AfD Markus Wagner. FDP und AfD sind auf Grund des Wahlergebnisses zudem nur noch mit einem Abgeordneten im Innenausschuss vertreten. Auf die CDU entfallen zehn Sitze, auf die SPD acht Sitze und auf die Grünen fünf Sitze.

Veränderungen in der Arbeit des Innenausschusses dürfte es auch deshalb geben,

weil ihm mehrere führende Köpfe der vergangenen Legislaturperiode nicht mehr angehören. Der bisherige Innenausschussvorsitzende Daniel Sieveke ist zum Staatssekretär im Ministerium für Heimat, Kommunales und Bauen ernannt worden und hat sein Landtagsmandat zurückgegeben. Die bisherige innenpolitische Sprecherin der Grünen, Verena Schäffer, die in vielen Sitzungen Innenminister Herbert Reul Paroli geboten hat, gehört dem Innenausschuss nur noch als stellvertretendes Mitglied an. Durch das Regierungsbündnis von CDU und Grünen kommen auf sie in der neuen Legislaturperiode durch ihre Funktion als eine der beiden Fraktionsvorsitzenden der Grünen andere Aufgaben zu. ■

Einsatzkonzept für die Bodycam kommt auf den Prüfstand

In NRW ist der Wach- und Wechseldienst flächendeckend mit einer Bodycam ausgestattet. Angeschafft wurden die Kameras als Mittel zur Deeskalation, um Konflikte mit dem Hinweis, dass die Kamera notfalls eingeschaltet wird, besser niedersprechen zu können. Ob die Bodycam mitgeführt und wann sie eingeschaltet wird, entscheiden bisher die Einsatzkräfte vor Ort. Auch, um durch die Kameras keine Distanz zu den Bürgern aufzubauen. In bestimmten Einsatzsituationen ist der Einsatz der Bodycam sogar ausdrücklich untersagt. Das gilt zum Beispiel beim direkten Kontakt mit suizidgefährdeten Personen, die durch das Einschalten der Kameras nicht in ihrer Selbstmordabsicht bestärkt werden sollen.

Nach der tödlichen Schussabgabe auf einen 16-jährigen Flüchtling in Dortmund, der zuvor Selbstmordgedanken geäußert hatte, könnte sich das ändern. Keine der mitgeführten Kameras war beim Einsatz eingeschaltet. In der Öffentlichkeit hatte das zur Kritik geführt, weil sich das genaue Einsatzgeschehen leichter hätte rekonstruieren lassen, wenn der Einsatz gefilmt worden wäre.

Innenminister Herbert Reul hat deshalb Anfang September in der konstituierenden Sitzung des neuen Innenausschusses angekündigt, dass das Einsatzkonzept für die Bodycam überprüft werden soll. Dabei wird es auch um die Frage gehen, ab wann die Polizei die Kamera in Zukunft einschalten darf. Vor allem die Grünen, die inzwischen in der Landesregierung sitzen, hatten sich in der Vergangenheit auf einen restriktiven Einsatz der Bodycam gedrängt. Aus diesem Grund ist in NRW bislang auch das sogenannte Pre-Recording untersagt, bei der auch die letzte Zeitspanne vor dem Einschalten der Kameras mitaufgezeichnet wird. Das wäre aber für die Rekonstruktion des Einsatzanlasses wichtig. ■

Cannabis: Verkehrsgerichtstag sieht Gesetzgeber in der Pflicht

Wer Cannabis konsumiert, hat auch am nächsten Tag noch immer den berauschenden Wirkstoff THC im Blut. Ab welchem Grenzwert die Fahrtüchtigkeit so stark eingeschränkt ist, dass man nicht mehr am Straßenverkehr teilnehmen kann, ist allerdings umstritten. Auf dem Deutschen Verkehrsgerichtstag Mitte August in Goslar haben sich die dort versammelten Verkehrsexperten, Wissenschaftler und Juristen dafür ausgesprochen, den zur Zeit geltenden Grenzwert von 1,0 Nanogramm THC je Milliliter Blutserum „angemessen heraufzusetzen“. Der aktuelle Grenzwert „liegt so niedrig, dass er den Nachweis des Cannabis-Konsums ermöglicht, aber nicht zwingend einen Rückschluss auf eine verkehrsrelevante Wirkung zulässt“, heißt es in der Empfehlung.

Aus Sicht der GdP ist die Festlegung eines wissenschaftlich begründeten Grenzwertes wichtig, weil die Bundesregierung den Konsum von Cannabis entkriminalisieren will, und deshalb in Zukunft mehr Menschen am Straßenverkehr teilnehmen werden, die vorher Cannabis konsumiert haben. „Dass Drogenkonsum und Straßenverkehr nicht zusammenpassen, ist offensichtlich. Aber der Grenzwert muss so begründet sein, dass er auch nach einer Cannabis-Legalisierung gerichtsfest ist“, betont Carsten Günther, der zusammen mit mehreren anderen Verkehrsexperten der GdP an der Empfehlung mitgewirkt hat.

Wichtig ist für die GdP zudem, dass die Polizei die Einhaltung des neuen Grenzwertes auch überprüfen kann. Die ihr bislang zur Verfügung stehende Technik reicht dazu nicht aus. ■



NEUMITGLIEDERKAMPAGNE 2022:

Ganz starke Argumente für die GdP

Gedränge am GdP-Stand am neuen Hochschulstandort gleich am Duisburger Bahnhof: Die Aktiven der Kreisgruppen Düsseldorf und Duisburg und die Partner von der Signal Iduna müssen viele Fragen beantworten. Was kann eine Gewerkschaft für mich tun? Wie läuft das mit der kleinen und der großen Anwartschaft? Und was ist mit dem Fachhandbuch?

Nina hat sich entschieden: Die 18-jährige zeigt – ganz frisch – ihren vorläufigen GdP-Mitgliedsausweis. Ein Onkel ist auch bei der Polizei und hat zur GdP geraten: „Ich habe nur Positives gehört.“ Lea und Jette, beide 20, sind ebenfalls Neumitglieder. Sie haben bei der Infoveranstaltung aufmerksam zugehört und sich am Stand ein genaues Bild gemacht. „Die GdP hat am sympathischsten gewirkt“, sagt Jette.

Die GdP-Neumitglieder-Kampagne 2022 läuft auf Hochtouren, und sie läuft wieder richtig gut. „Wir erleben viel Zuspruch“, berichtet Matthias Imiolczyk, der in der Landes-

geschäftsstelle für die Mitglieder-Werbung zuständig ist. Nur als Beispiel: Allein am Tag zuvor verzeichnete die Kreisgruppe Duisburg 130 Eintritte, in Düsseldorf waren es 149.

NRW-weit sind die Kreisgruppen vor Ort in den Ausbildungsbehörden mit großem Engagement bei der Neumitgliederkampagne dabei – auch mit Ideen. Auch hier nur Beispiele: Die Junge Gruppe in Duisburg etwa wartet mit einem Volleyball-Turnier auf, Münster ist mit einer Stadtralley dabei, Gelsenkirchen traditionell mit einem „Cop-Camp“... „Toll, was vor Ort geleistet wird!“, betont Imiolczyk.

Der Lohn für die Mühe ist der Erfolg. Die Erfahrung zeigt: Jahr für Jahr entscheiden sich landesweit mehr als 90 Prozent der jungen Kommissaranwärterinnen und -Anwärter für die GdP, die mit aktuell rund 46 000 Mitgliedern in NRW die größte Polizeigewerkschaft im Lande ist. „Die Größe ist ein sehr starkes Argument für uns“, sagt Olaf Krätzer von der Kreisgruppe Düsseldorf – „keine Gewerkschaft ist so vernetzt wie wir“.

Der überwältigende Sieg bei der jüngsten Personalratswahl, bei der die GdP in allen Behörden die Mehrheit gewonnen hat, ist ebenfalls ein ganz starkes Argument und spricht für sich. Ralf Gemmer von der Kreisgruppe Duisburg erlebt den Polizeinachwuchs am Stand „sehr aufgeschlossen, sehr interessiert“ und freut sich sehr über die jungen Kollegen.

Interessensvertretung, Rechtsschutz, politische Bildung, Events und ein starkes Gemeinschaftsleben: „Die GdP hat echt viel zu bieten“, erklärt Meike to Baben aus dem Geschäftsführenden Landesvorstand. Vieles werde seinen Nutzen erst im Laufe der Zeit erweisen – sei es später im Bedarfsfall der Rechtsschutz oder schon im Studium die Unterstützung durch die Klausurenchecks und die Orientierungshilfe.

In der Tat: Am Stand erscheinen immer wieder junge Leute aus dem Auftaktstudienjahr 2021, sie zeigen auf die Orientierungshilfe und bestätigen, dass sie da immer wieder reinschauen. ■

Neueinstellungen: Der Wettbewerb um den besten Nachwuchs wird härter

Abschließende Zahlen für 2022 liegen noch nicht vor. Der Blick zurück aber zeigt: Schritt für Schritt hat die Politik in Nordrhein-Westfalen die Einstellungszahlen bei der Polizei hochgefahren. „Erfreulich, aber eben auch bitter nötig“ nennt das der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz. Denn: „In den Jahren zuvor ist die Polizei personell kaputt gespart worden.“

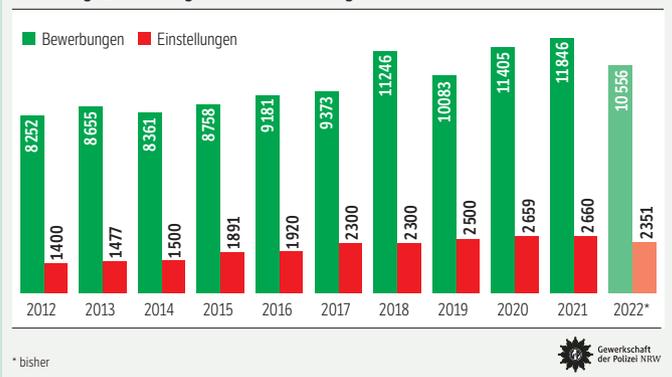
Dass die neue schwarz-grüne Landesregierung die Zahl noch weiter auf dann jährlich 3000 hochfahren will, wird von der GdP ausdrücklich begrüßt. Wesentlich ist dabei aber: „Die Anforderungen an die Bewerberinnen und Bewerber dürfen nicht heruntergefahren werden“, betont Maatz. Zudem dürfe die Qualität der Ausbildung nicht leiden.

Klar ist: Der Wettbewerb um den besten Nachwuchs wird härter – und das nicht nur, weil die Schulabgängerzahlen sinken. Die Mitbewerber schlafen nicht. Sie sind hellwach und sehr präsent, wie zum Beispiel die Kampagnen von Bundeswehr und Zoll zeigen. Von der freien Wirtschaft ganz zu schweigen.

„Hier müssen wir dringend nachsteuern“, meint Maatz. Nötig sei ein schlüssiges Konzept, wie die Polizei in NRW potentielle Bewerber noch besser anspreche. „Ein Element könnte ein neues Zulagensystem als Anreiz zum Beispiel für Berufswechselnde sein“, sagt Maatz. Nötig seien aber auch dringend

3000 Neueinstellungen angepeilt

Bewerbungen/Einstellungen in den Polizeivollzugsdienst NRW seit 2012



mehr Haushaltsmittel: „Das Werbebudget muss deutlich hochgefahren werden.“

Noch etwas ist ganz, ganz wichtig: Wer für den Polizeiberuf begeistern will, muss mit attraktiven Rahmenbedingungen aufwarten. „Insbesondere jungen Leuten ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz wichtig“, drängt Maatz. Dass zudem für Beamte in NRW die 41-Stunden-Woche immer noch gilt, seit bald 20 Jahren – das sieht die GdP als Hemmschuh. ■



Geplant: Ein ToiKw für jede Bereitschaftspolizeiabteilung

Jede Bereitschaftspolizeiabteilung soll einen mobilen und autarken Toiletten-Kraftwagen sowie einen Toiletten-Container erhalten. Das ist eines von vielen Ergebnissen der Landesarbeitsgruppe Versorgung in BAO-Lagen. Details für die Anschaffung soll nun ab Oktober eine weitere Arbeitsgruppe regeln.

Die GdP drängt schon lange darauf. Bei Großlagen wie den Einsätzen im Hambacher Forst hatte es unwürdige Situationen gegeben. Beamte hatten sich abschirmend vor Kolleginnen und Kollegen stellen müssen, damit diese abgeschirmt vor den Blicken von Demonstranten ihre Notdurft verrichten konnten – gänzlich inakzeptabel.

Die Arbeitsgruppe zu den ToiKws und ToiCons soll ihren Abschlussbericht Ende September 2023 vorlegen, dann folgt der Anschaffungsprozess. Dixi-Klos sollen bei Großeinsätzen dann nur noch in „begründeten Ausnahmefällen“ zum Zuge kommen – und das auch nur, wenn sie den Anforderungen an Ausstattung und Hygiene wirklich genügen. ■



DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 8. September.

Einfach mal abtauchen!

Rufen Sie in Ihrem GdP-Reisebüro an,
wir freuen uns auf Sie.



GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Oktober erhalten einen OSG Werbemittel Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 33964, Hamm
45 34379, Köln
45 7236, Rhein-Erft-Kreis



Neue Bezüge auf einen Blick

Am 1. Dezember steigen die Bezüge der Beamtinnen und Beamten und die Einkommen der Tarifbeschäftigten des Landes um 2,8 Prozent. Auch die Bezüge der Versorgungsempfänger steigen um den gleichen Prozentsatz. Damit geht die Durststrecke von 14 Monaten zu Ende, in der es lediglich eine einmalige Corona-Prämie von 1300 Euro gegeben hat. Und das auch nur für die aktiv Beschäftigten.

Wie sich die Erhöhung auf die Einkommen der Tarifbeschäftigten und der Beamtinnen und Beamten in Euro und Cent auswirkt, hat die GdP in zwei Flyern zusammengestellt. Für die Beamten ist dort auch die Höhe der Polizei- und der Familienzuschläge erfasst.

Die neuen Entgelte laufen noch bis zum 30. September 2023. Dann beginnen die nächsten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder.

Die beiden Flyer mit den neuen Besoldungs- und den Einkommensstabellen gibt es bei den Kreisgruppen vor Ort und auf der GdP-Homepage zum Download: gdp-nrw.de



Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

11. Oktober 2022, Stammtisch, 17:00 Uhr, Gaststätte Kommer, Forster Linde 55–57, 52078 Aachen. Unter anderem stehen Informationen zum Schutz vor Einbruch und zur häuslichen Sicherheit auf der Tagesordnung.

Kreisgruppe Heinsberg

20. Oktober 2022, Seniorentreff, 15:00 Uhr, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Straße 92, 52525 Heinsberg. Themen: Aktuelles aus der Kreisgruppe, Mitgliederversammlung, Neues aus dem sozialen Bereich, Vorbereitung vorweihnachtliche Feier, Gespräch mit Landtagsabgeordnetem Thomas Schnelle (CDU). Anmeldung erwünscht: Tel. 0 24 31/58 80 oder kalabahn@web.de



GdP aktiv

20.10., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Olpe, 16:00 Uhr, Hotel Schnepfer, Talstr. 19, Attendorn. Anmeldung: 0 27 61/92 69-4110 oder gdp-olpe@web.de

26.10., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Düsseldorf, 15:00 Uhr, Polizeipräsidium, Kantine, Haroldstr. 5, Düsseldorf



Regelmäßige Seniorentermine unter gdp-nrw.de

(Pfad: GdP NRW. Seniorengruppe, Seniorenkalender).